

**Rettungsdienst****Experten sehen nur Kosmetik statt großem Wurf***Von Jürgen Bock, aktualisiert am 09.02.2015 um 18:41*

Die Notfallrettung in Baden-Württemberg krankt immer wieder. Fachleute fordern jetzt das Innenministerium auf, mit der geplanten Neufassung des Rettungsdienstgesetzes Verbesserungen einzuleiten Foto: dpa

Stuttgart - Die Worte sind hart. „Nirgendwo in Deutschland stirbt es sich so leicht wie in Baden-Württemberg“, sagt Sven Lehmann vom Forum Notfallrettung Stuttgart. Er und andere Experten sind sich einig: Die Notfallrettung im Land hinkt der anderer Bundesländer noch immer meilenweit hinterher. Immer wieder gerät sie in die Negativschlagzeilen. **Vierorts kommen die Retter zu oft zu spät**, in keinem anderen Bundesland fließt so wenig Geld ins System wie hier.

„Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist der Rettungsdienst im Südwesten am schlechtesten organisiert, am wenigsten kontrolliert und am niedrigsten finanziert“, sagt Joachim Spohn von der Bürgerinitiative Rettungsdienst. Er kämpft seit Jahrzehnten für Verbesserungen. Das Hauptproblem liegt für ihn wie für andere Experten darin, dass in Baden-Württemberg die sogenannte Selbstverwaltung herrscht. Das heißt, dass nicht wie in anderen Bundesländern die Kommunen bestimmen, welche Ausstattung für den Rettungsdienst gebraucht wird, sondern dass Rettungsorganisationen und Krankenkassen auf regionaler Ebene miteinander über die finanziellen Mittel verhandeln. Die Politik kann nur sehr beschränkt als Rechtsaufsicht eingreifen. „Dieses System der Selbstverwaltung und Selbstkontrolle ist gescheitert“, sagt Spohn. Und Lehmann fordert: „Der Rettungsdienst muss in die Obhut der öffentlichen Hand gegeben werden. Sie muss vorgeben, was für die

Bevölkerung notwendig ist.“

Nun plant das Innenministerium, noch in dieser Legislaturperiode das Rettungsdienstgesetz zu ändern. Dafür müsste das Gesetzgebungsverfahren spätestens im Frühjahr eingeleitet werden. Die Experten sehen darin die Gelegenheit, einiges zu verbessern. Was bisher bekannt ist, sei aber nicht der große Wurf, „sondern nur Klein-klein und Kosmetik“, sagt Lehmann.

Besonders die Absicht, die sogenannte Hilfsfrist zu ändern, stößt auf breiter Front auf Ablehnung. Bisher müssen Rettungswagen und Notarzt im Land binnen zehn, in Ausnahmefällen 15 Minuten am Einsatzort sein – und das in mindestens 95 Prozent aller Fälle. Diese Latte wird seit Jahren in vielen Regionen gerissen. Laut Aussagen des Innenministeriums vom Dezember soll künftig das erste Rettungsmittel innerhalb von zwölf, das zweite – in der Regel der Notarzt – innerhalb von 18 Minuten am Einsatzort sein. In wie viel Prozent der Fälle ist noch offen. Für die Experten ist das eine klare Verschlechterung. „Wir haben einen Ist-Zustand, der nicht dem Gesetz entspricht, und jetzt geht das Ministerium einfach hin und passt das Gesetz diesem untragbaren Zustand an“, kritisiert Lehmann.

Das sehen im übrigen auch andere so. Aus Sicht der Landesärztekammer wäre eine solche Regelung „nicht tragbar“. Auch die Arbeitsgemeinschaft südwestdeutscher Notärzte und der Landesverband des Deutschen Roten Kreuzes haben die Pläne als „Verschlechterung für die Bürger“ kritisiert.

Die Bürgerinitiativen fordern in einem Thesenpapier, das Rettungsdienst- und das Feuerwehrgesetz künftig zusammenzufassen. Die Zahl der Leitstellen im Land soll deutlich verringert, die Finanzierung verbessert werden. Zudem fordern sie, die jetzige Hilfsfrist zu erhalten und sich ausschließlich an der 10-Minuten-Frist zu orientieren.

Das Innenministerium will, nachdem so viel Kritik auf die Pläne eingedrasselt ist, erst einmal gar nichts mehr zu Inhalten sagen. Ein Sprecher bittet um Verständnis dafür, dass man sich „bis zur Einbringung einer Kabinettsvorlage zum Rettungsdienstgesetz nicht über Details äußern werde“. Das werde „eventuell im zweiten Quartal 2015 erfolgen“.

Für Lehmann sind nicht nur die Patienten in Baden-Württemberg die Leidtragenden des unzureichenden Rettungssystems, sondern auch die Mitarbeiter. „Sie machen einen Riesenjob und müssen die Probleme ausbaden“, sagt er. Sie versuchten, viele Unzulänglichkeiten im System durch großen Einsatz auszubügeln, bekämen aber den Frust der Patienten ab, wenn etwas nicht funktioniere. Die beiden Initiativen wollen deshalb an allen politischen Stellen Druck für Verbesserungen machen. „Im Moment scheint es mir, dass man im Ministerium nicht mehr weiß, was man tut“, sagt Spohn. Deshalb wolle man das Gespräch suchen.